

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 (auch frei in's Haus) und bei den Depots 2 Mk., bei allen Reichs-Postanstalten 2 Mk. 50 Pf.

Insertionsgebühr

die gespaltene Petzzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annonsen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34,
Heinrich Neß, Kappelnstrasse.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Dührich. In D
vraglaw: Julius Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke.
Graudenz: Der "Geflige". Lautenburg: M. Jung.
Gollub: Stadtkämmerer August.Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstr. 17, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.

Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler.
Rudolf Moise, Invalidendank, G. L. Daube u. Co. u. sämmtl. Filialen
dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg,
München, Hamburg, Königsberg etc.

Eine Überraschung für Beamte.

Vor Kurzem berichtete ein Berliner Blatt von einer auffallenden Auslegung von Bestimmungen des neuen Einkommensteuergesetzes. Wenn Beamte am 1. April in den Genuss einer Gehaltszulage getreten wären oder durch Berufung auf eine andere Stelle ein höheres Gehalt erlangt hätten, so daß ihr Einkommen einer höheren Steuersufe als zur Zeit der Veranlagung entspräche, so sollten nach Ansicht von Berliner Steuerbehörden die Bedingungen zu einer "Berichtigung" der Veranlagung, d. h. zu einer neuen Veranlagung unter Berücksichtigung des höheren Einkommens vorhanden sein. Diese Mitteilung ist bisher nicht von zuständiger Seite bestritten worden, sie wird uns vielmehr als völlig zutreffend bestätigt. Die Berliner Steuerbehörden sind wirklich der Meinung, daß, wenn ein Beamter eine Gehaltszulage erhält, der Fiskus sofort einen Theil desselben wieder an sich nehmen könne. Es kann sich auf diese Weise sehr leicht der Fall ereignen, daß bei einer Erhöhung des Gehalts um 50 Mark, wie sie bei Unterbeamten üblich ist, des Fiskus sofort 5 Mark oder 10 p.C. davon wieder in Anspruch nimmt. Dadurch wird die Freude über eine meist schon lange und sehnlich erwartete Gehaltszulage wieder gedämpft, zumal wenn der Beamte Betrachtungen darüber anstellt, daß nur er von einer derartigen, in das neue Steuerjahr fallenden Steuererhöhung betroffen wird, während alle anderen Steuerpflichtigen von den Mehreinnahmen, die sie in diesem Steuerjahr erzielen, erst im folgenden Steuern zahlen müssen. — Ob die Auffassung der Berliner Steuerbehörden auch von Behörden in den Provinzen getheilt wird, ist bis jetzt noch unbekannt; es wäre sehr erwünscht, wenn man darüber etwas vernehmen könnte. Der Finanzminister ist zur Zeit mit den neuen Steuerprojekten sehr stark beschäftigt; besser wäre es, er trüge Sorge dafür, daß die im vorigen Jahre erlassenen Gesetze von den mit ihrer Ausführung betrauten Behörden und Beamten richtig angewandt würden. Wenn er dies erreicht hätte, würde er noch immer Zeit haben, sich mit neuen Projekten zu beschäftigen. Wie die viel besprochenen, auch vom Finanzminister, freilich erst sehr spät, öffentlich getadelten Vorgänge bei der vorsährigen ersten Veranlagung zur Einkommensteuer bewiesen haben, schützen auch die klarsten Bestimmungen nicht vor Mißverständnissen durch die mit der Ausführung betrauten Behörden. Gleiche Erfahrung macht man jetzt wieder bei dem Versuche Berliner Steuerbehörden, Beamten, die am 1. April eine Gehaltszulage erfahren haben, höhere Steuern als die zuerst veranlagten aufzuerlegen. Und doch heißt es im Gesetze ausdrücklich: "Die Veranlagung der Einkommensteuer erfolgt für jedes Rechnungsjahr. Die Vermehrung des Einkommens während des laufenden Steuerjahrs begründet keine Veränderung in der schon erfolgten Veranlagung." Nur für einen einzigen Fall einer Vermehrung des Einkommens ist eine Ausnahme festgesetzt, nämlich dann, wenn einem Steuerpflichtigen eine Erbschaft zufällt. In diesem Falle, aber auch nur in diesem, ist er anderweitig zu veranlagten, aber nur soweit sein Einkommen durch die Erbschaft gestiegen ist. Völlig im Einklang mit diesen gesetzlichen Bestimmungen stehen auch die Vorschriften der vom Finanzminister erlassenen Ausführungsanweisung. Auch hier wird (Art. 72) ausdrücklich und klar bestimmt: "Die Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt alljährlich für das mit dem 1. April beginnende Steuerjahr mit der Wirkung, daß Vermehrungen oder Verminderungen des Einkommens während des laufenden Steuerjahrs keine Veränderung in der schon erfolgten Veranlagung begründen. Ausnahmen finden nur statt: bei Verminderungen, welche in Folge des Wegfalls einer Einnahmequelle oder in Folge außergewöhnlicher Unglücksfälle eintreten, bei Vermehrungen in Folge Erbanflasses." Allerdings

enthält das Gesetz noch eine Bestimmung, die möglicher Weise von der Berliner Steuerbehörde für ihre Auffassung angeschaut werden können. Nach § 80 sind Steuerpflichtige, welche zu einer ihrem wirklichen Einkommen nicht entsprechenden niedrigeren Steuerstufe veranlagt worden sind, ohne daß eine strafbare Hinterziehung der Steuer stattgefunden hätte, zur Entrichtung des der Staatskasse entzogenen Betrages verpflichtet. Indessen auch hier ist, wie in der Ausführungsanweisung anerkannt wird, nur das bei der Veranlagung vorhandene Einkommen gemeint, nicht das etwa später durch irgend welche Umstände erhöhte Einkommen. In Übereinstimmung damit wird auch ausdrücklich vorgeschrieben, daß wenn in Folge eines Erbanflasses eine Erhöhung des Steuersatzes einzutreten hat, die sonst seit der früheren Veranlagung etwa stattgehabte Einkommenvermehrung außer Betracht zu bleiben habe. Es ergibt sich hieraus, daß die Ausschauung der Berliner Steuerbehörden im Gesetz nicht begründet ist. Würde sie zur praktischen Anwendung gelangen, so würden selbstverständlich auch alle Privatbeamte stets einer Steuererhöhung ausgesetzt sein, wenn sie eine Gehaltszulage erfahren und die Steuerbehörde davon Kenntnis erhielte. Da die Möglichkeit vorliegt, daß auch andere Behörden die Ausschauung der Berlinertheilen, so kann man nur den Wunsch aussprechen, daß jeder Beamte, der aus Anlaß einer Gehaltsvermehrung seit der Veranlagung eine Steuererhöhung erfahren hat, die zulässigen Rechtsmittel dagegen ergriffen möge.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Oktober.

Der Kaiser hat Montag die Reise nach Wien angetreten. Von dort ist ihm der deutsche Militärrittmeister Oberstleutnant v. Deines bis an die Grenze entgegengereist. Der deutsche Botschafter Prinz Reuß sollte Montag Abend in Wien eintreffen. Dienstag Mittag traf der Kaiser auf dem Nordbahnhof in Wien ein und wurde durch den Kaiser Franz Josef, die Erzherzöge Karl Ludwig, Franz Ferdinand von Österreich-Este, Ferdinand, Albrecht, Friedrich, Wilhelm und Rainer, den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein empfangen. Die Monarchen begrüßten sich auf das Herzlichste, umarmten und küssten sich wiederholte. Nach Abschreitung der Front der Grenzkompanie begaben sich die Kaiser nach Schloss Schönbrunn. Nach dem Cercle, welchen der Kaiser im Schlosse von Schönbrunn abhielt, überreichte er dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe persönlich die Insignien des Schwarzen Adlerordens. — Die Zeitungen begrüßen den deutschen Kaiser und Verbündeten des Kaisers Franz Josef im Namen der Hauptstadt und der ganzen Monarchie mit wärmlicher Sympathie.

In der Angelegenheit des Herzogs von Cumberland gehen der "Post" von unterrichteter Seite folgende interessante Mitteilungen zu: Während Königin Victoria von England eifrig bestrebt sei, den Herzog zum Verzicht auf seine hannoverschen Ansprüche zu bewegen, damit er die Thronfolge in Braunschweig sich sichern könne, arbeitet seine Mutter, Königin Mary, in entgegengesetzter Richtung, die ihren Sohn dazu bewegen will, Preußen gegenüber in der Haltung Georg V. zu verharren. Diesem Dilemma will nun der Herzog dadurch begegnen, daß er abdiziert, so daß es seinem ältesten Sohn freigestellt bleibt, einst zwischen Hannover und Braunschweig zu wählen.

Der Kaiser und die Militärvorlage. Wie die "König. Volksztg." von mehreren Persönlichkeiten in angehobener Stellung erfährt, soll der Kaiser dem Grafen Caprivi zu verstehen gegeben haben, er möge sehen, wie weit er mit der Militärvorlage komme. Der Kaiser soll nicht etwa gegen die Höhe der Mehrforderungen, sondern gegen die Erhöhung der Dienstzeit Bedenken haben, kurz, persönlich die

Ausschauungen hegen, welche sich in der "Kreuzig." und dem "Reichsboten" widerspiegeln. — Im Gegensatz hierzu steht eine Berliner Meldung des "New-York-Herald", laut welcher der Kaiser sich über die Militärvorlage geäußert haben soll: "Ich habe auf das Schulgesetz verzichtet, aber die Militärvorlage werde ich niemals zurückziehen. Ich werde diesmal bis zum Auftreten gehen; wenn es nötig sein sollte, werden wir den Reichstag forschiden etc.", bemerkt die "Nat. Ztg": "Die Meldung ist sensationell zugestellt, aber nicht erfunden, giebt vielmehr im wesentlichen die Mittelheilungen wieder, welche schon zur Zeit, als der Kaiser in Rominten war, in unterrichteten Kreisen umliefen."

Die Begründung der neuen Militärvorlage stützt auf Schwierigkeiten, was leicht erklärlieb ist. Infolge dessen kann die Vorlage, wie die "König. Ztg." erfährt, dem Bundesrat schwerlich vor zwei bis drei Wochen unterbreitet werden. Auch die "Post" erklärt auf das Bestimmteste mittheilen zu können, daß die Militärvorlage bis jetzt noch nicht dem Bundesrat zugegangen ist.

Für die Einberufung der Parlamente ist, wie die "Post. Ztg." zuverlässig erfahren haben will, der Termin nun endgültig festgestellt, und zwar für den Landtag auf den 15. November und für den Reichstag auf den 22. November. Die "Post. Ztg." bringt zugleich die genaueren Biffen der Kosten der Militärvorlage. Dieselben sollen betragen an dauernden Ausgaben 66½ Mill., an einmaligen Ausgaben 80 bis 90 Mill. Mark.

Dem Landtage werden, wie verlautet, sofort beim Zusammentritt Steuervorlagen zugehen, welche vorher nicht veröffentlicht werden. Die Militärvorlage werde im Bundesrat bis Ende dieses Jahres verbleiben. Von einer authentischen Veröffentlichung soll so lange abgesehen werden. Bezuglich der Militärpensionsnovelle erfährt die "Kreuzig.": das Kriegsministerium fixierte 6000 Mk. als Grenze des Einkommens im Staatsdienst, von da an sollte erst eine Kürzung der Pension eintreten. Im Finanzministerium konzedierte man nur 3000 Mk. In dieser Form kommt die Novelle vor den Reichstag.

Die zweijährige Dienstzeit und die "Post". Die "Post" hält es für nothwendig, auch ihrerseits zu erklären, daß die zweijährige Dienstzeit auch nach der Militärvorlage nicht entfernt als gleichwertig mit der dreijährigen oder auch nur mit der durchschnittlich 2½-jährigen Dienstzeit, die jetzt bestehen soll, erscheine. Sie sei nur ein nothwendiges Uebel, das in den Kauf genommen werden müsse, um die Verstärkung und Verjüngung des Kriegsheeres, auf welche die Militärverwaltung noch entschiedenes Gewicht lege, als auf die längere Dienstzeit, zu erreichen. An sich sei sie ohne Zweifel eine Verschlechterung der Qualität der Fußtruppe. Die "Post" verlangt, daß die Reichsregierung die zwingenden Gründe überzeugend nachweise, die die Militärverwaltung dazu bewogen haben, über die Bedenken, die der Einführung der zweijährigen Dienstzeit vom militärischen Standpunkte unfehlbar gegenüberstehen, sich hinwegzusezen;

darauf komme es wesentlich an, da nur die Forderungen Aussicht auf Annahme hätten und von der Reichsvertretung pflichtgemäß bewilligt werden könnten, deren zwingende Nothwendigkeit selbst gegenüber den schweren auf der Hand liegenden Bedenken volkswirtschaftlicher und finanzieller Art überzeugend nachgewiesen werden könnte. Den Freikonservativen diese Ueberzeugung beizubringen, wird der Reichsregierung wohl nicht sehr schwer werden.

Neben die Distanzreiterei leitartikel die "Nord. Allg. Ztg.", ob auf eigene Faust, ob auf Anregung des Auswärtigen Amtes oder einer anderen Behörde, ist schwer zu sagen. Das von dem Blatte herbeigeschleppte Phrasenmaterial ist so nichts sagend, wie alles das, was wir in nichtoffiziösen

Organen über die angeblich strategische, hypothetische und sonstige Bedeutung des Distanzrittes gelesen haben. Der "schwungvolle" Leitartikel des Regierungsblattes schließt mit dem "patriotisch" gehobenen Satz: "Der Distanzritt Berlin-Wien, an dessen Bestimmungen, an dessen Arrangement die Kritik — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier unerörtert — manches auszusehen haben wird, hat der Bevölkerung zweier verbündeter Staaten gezeigt, welcher Reiterthaten ihre Offiziere fähig sind, er hat die Reiter kennen gelehrt, welche Leistungen sie von ihren Pferden erwarten dürfen; mit diesem Erfolg kann man wohl zufrieden sein." — Uns dünkt im Gegentheil, der Distanzritt hat die Reiter kennen gelernt, was sie nicht von ihren Pferden erwarten dürfen. Bemerkenswerth scheint uns gegenüber all' den weit her geholten Sicherungen von der kolossal Bedeutung des Rittes, was der erste Sieger in dem Rennen, Graf Starhemberg, gegen einen von der "Deutschen Warte" abgelaufenen Interviewer geäußert hat: "Eine Nutzanwendung für den Kriegsfall wäre aus dem Distanzritt nur insofern zu ziehen als man nach den jetzt gemachten Erfahrungen sich sagen muß, daß bei Beförderung einer Depesche auf eine solche Entfernung wenigstens 4—5 Reiter abgesickt werden mühten, um darauf rechnen zu können, daß einer derselben sicher an den Bestimmungsort gelangt." Und um diese "Erfahrung" zu machen, die überdies in den Kriegen von heut zu Tage praktisch kaum jemals verwendbar werden wird, mußten ein Paar Dutzend Pferde zu Tode und zu Schanden geritten werden!

In Sachen der Tabaksteuerfrage sind der "Süddeutsch. Tabak Ztg." zufolge einzelne norddeutsche Handelskammern von der Reichsregierung vertraulich befragt worden über folgende Punkte: 1) das englische System des Anbauverbots in Deutschland unter Entschädigung der Pflanzer und beträchtliche Zollerhöhung, 2) die Steuer vom Fakturenwerthe zu erheben, so daß für den billigen Tabak weniger, und für den teureren erheblich mehr zu zahlen sein würde, 3) eine Zollerhöhung von ca. 30 Mk. von 85 auf 115 Mk. pro Doppelzentner als Gegengewicht gegen die Überproduktion bei höherem Schutzoll. Das Tabakbauerbot in den Bundesstaaten oder in den Kreisen, in welchen der Tabakbau als landwirtschaftlicher Faktor ernstlich nicht in Frage kommt, 4) eine Zollerhöhung um ca. 45 Mk. und eine Erhöhung der Inlandssteuer um ca. 25 Mk. für den Doppelzentner neben allgemeiner Kontingentirung.

Zur Landtagswahl in Stolp-Bütow-Lauenburg. Herr v. Bülow-Saleske, der sein Mandat für den Landtagswahlbezirk Stolp-Bütow-Lauenburg niedergelegt hat, hat seinen Freunden die Aufstellung eines konservativen bürgerlichen Kandidaten warm empfohlen. Zu dieser Empfehlung würde er sich gewiß nicht entzlossen haben, wenn nicht im vorigen Jahre im Reichstagswahlkreis Stolp-Lauenburg der freisinnige Gutsbesitzer Dau von dem Kleingrundbesitz gegen den dort außerordentlich zahlreich angesessenen Kleinadel aufgestellt und mit Hilfe der Städte gewählt worden wäre. Herr v. Bülow hofft, daß der Kleingrundbesitz, wenn man eines der drei Landtagsmandate einem konservativen bürgerlichen Besitzer überläßt, sich wieder von dem Junkerthum gängeln lassen würde. Die Wähler Dau's werden sich damit wohl nicht wieder von dem Kleinadel einsingen lassen. Wenn sie auch jetzt keinen liberalen Landtagsabgeordneten durchsetzen können, so werden sie im nächsten Jahre schon liberale bürgerliche Kandidaten aufstellen.

Zuden Dreiklassenwahl system bringt die "Nation" einen neuen Beitrag in ihrer jüngsten Nummer, in welcher sie schreibt: Das eine Anzahl preußischer Minister ihr Wahlrecht zum Landtage in der dritten Klasse ausüben müssen, ist bereits bekannt; vereinamt

werden diese Exzellenzen sich dort nicht fühlen; sietheiln ihr Schicksal mit anderen Wählern, die ganz hervorragende soziale oder staatliche Stellungen einnehmen; so hat es denn die Weisheit der Gesetzgebung auch gesagt, daß beispielsweise der erste Präsident des deutschen Reichstages, der spätere Reichsgerichtspräsident Simson, der dritten Klasse zugethieilt worden ist, um dort gemeinsam mit Gevatter Schneider und Handschuhmacher sein Votum abzugeben. Gegen diese demokratische Gemeinsamkeit wäre gar nichts einzurüsten; aber warum die politische Weisheit eines bornierten Parvenus, dessen Geldspinde wohl gefüllt sind, dem Staate wertvoller sein soll, als die Einsicht eines Simson, ist ein geheimnisvolles Rätsel, und zur Ironie unserer politischen Zustände gehört es, daß jene Konservativen, welche nicht eifrig genug den „Mammonsdienst“ bekämpfen, voll Unkraut an jenem Wahlystem festhalten, das dem nackten Reichthum eine politisch ganz sinnlose Begünstigung bei den Wahlen einräumt.

— Neben einer amtlichen Verlezung des Briefgeheimnisses durch einen höheren Postbeamten sowie im Anschluß daran über eine von der Postbehörde erlassene geheime Verfügung, worin die Postamtsvorsteher angewiesen werden, die jüngeren Beamten besser zu überwachen, wird dem „Vorwärts“ folgende kaum glaubliche Mitteilung gemacht, für welche wir die Verantwortung dem sozialdemokratischen Blatte überlassen müssen. Dem Postgehilfen Jüttner, s. B. in Slawenzitz (Oberschlesien) war es aufgefallen, daß die an ihn gerichteten Briefe sichtbare Spuren der Größenöffnung trugen. Eines Tages überraschte er, und mit ihm als Zeuge der Unterbeamte, den Vorsteher des Postamtes, den Postverwalter Mildner, wie derselbe einen an Jüttner adressirten Brief öffnete, las und wieder verschloß. Unter der Wucht seiner Entrüstung ließ Jüttner sich hinreichen, dem Mildner ein paar kräftige Ohrfeigen zu versetzen. Die hierauf eingeleitete Untersuchung hatte zur Folge, daß Jüttner versezt, dagegen Mildner, obwohl seine Verlezung des Briefgeheimnisses, für welche befamlich bei Postbeamten das Strafgesetzbuch Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten festgesetzt, von Jüttner auf den Dienstfeld hin bekräftigt und auch von dem andern Unterbeamten als Zeugen zu Protokoll erklärt worden war, einfach zum 1. Oktober d. J. pensionirt wurde. Mildner soll sich, wie der „Vorwärts“ berichtet, zur Entschuldigung seines gesetzwidrigen Verfahrens auf die oben erwähnte Verfügung berufen haben. — Eine offizielle Ausklärung wird hoffentlich nicht auf sich warten lassen.

Die Cholera-Epidemie in Deutschland. Dem Reichsgeburtsamt sind vom Montag bis Dienstag Mittag folgende Cholerasfälle gemeldet worden: Hamburg 7 Erkrankungen und 5 Todesfälle; Regierungsbezirk Stettin: in der Stadt Stettin 1 Erkrankung; Regierungsbezirk Frankfurt a. O.: in der Stadt Küstrin — Kontrolstation — 1 Todesfall (nachträglich gemeldet.) In Berlin ist die Lage in den Choleraabenden und den Beobachtungsstationen von Moabit eine günstige.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Polizeidirektion in Prag verbot die weitere Aufführung der jetzt im tschechischen Theater zur Darstellung gelangenden Tragödie, weil bei den bisherigen Vorführungen des Bildes „Französische Revolution“ franzosenfreundliche Demonstrationen vorgekommen.

Kossuth ist von solcher Alterschwäche befallen worden, daß man seiner baldigen Auflösung entgegen sieht; nach Depeschen aus Turin liegt derselbe schon im Todestampe.

In Budapest wurde gegen den Oberregisseur der Oper, Alszeghi, von einem Arbeiter, dem er gekündigt, auf der Straße ein Schuß abgefeuert. Der Gustav Alszeghi's ist hoffnungslos.

In Budapest sind am Dienstag von Mitternacht bis Abends 6 Uhr 29 Personen an der Cholera erkrankt und 6 als gestorben angemeldet worden. In Szegedin ist heute nur ein Cholerafall vorgekommen.

Italien.

Der König unterzeichnete den Beschluß, nach welchem die Kammer aufgelöst wird. Die betreffende Verfügung wird am Mittwoch im Amtsblatt bekannt gemacht.

In Rom hielten am Montag Abend 200 Sozialisten und Anarchisten eine Versammlung ab, in welcher nach langer und stürmischer Debatte die Kandidatur Cipriani's mit großer Majorität abgelehnt wurde. Es wurde hervorgehoben, daß dem Parlament jedes Vertrauen abgesprochen werden müsse und zuletzt beschlossen, daß die gesammte römische Arbeiterpartei den Wahlen fern bleiben solle.

Die Wahltagitation ist sehr bedeutend und findet besonders in Süd-Italien stürmische Versammlungen statt.

Frankreich.

In Folge der letzten Rebe Melissos gegen den französisch-schweizerischen Handelsvertrag,

gilt die Stellung Jules Roche's für erschüttert. Die Differenzen im Ministerium dürften möglicherweise eine partielle Ministerkrisis nach sich ziehen.

Belgien.

Die Polizei in Brüssel fahndet eifrig nach einem Amerikaner, welcher unter dem Vorzeichen großer Marmorlieferungen in Auftrag zu haben, sich 150 000 Franks erschwindet hat, indem er von verschiedenen Beamten sich Käutionen zahlen ließ. Er reiste dann nach London, angeblich um dort eine Filiale zu gründen und ist seit dieser Zeit verschwunden. Die Opfer dieses Betruges erhielten von dem Schwinger von dort aus Briefe, in denen er mittheilt, daß er sein ganzes Geld beim Wettkennen verloren habe, später jedoch alles zurückzuholen werde.

Wie dem „Extrablatt“ aus Antwerpen gemeldet wird, soll auf dem Dampfer „William Hales“, welcher nach Capetown abgegangen, eine Meuterie ausgebrochen sein. Die Matrosen ermordeten den Kapitän, dessen Frau und zwei Schiffsoffiziere.

Niederlande.

Im Ganzen sind bis jetzt in Holland 136 Todesfälle laut asiatischer Cholera vorgekommen, von denen auf Rotterdam 18, auf Maarsen 8, auf Bleskensgraaf 7, auf Breukelen 6, auf Utrecht 5, auf Amsterdam und Groningen je 4 fallen. In letzter Woche starben an der Cholera 43 Personen, gegen 45 in der Vorwoche.

Griechenland.

Wie aus Athen gemeldet wird, herrscht auf ganz Kreta große Aufregung und es ist zu ernster Ablehnung gegen die türkische Herrschaft gekommen. Es fanden ernste Gefechte bei Sphakia und Apofonos zwischen Einwohnern und Truppen statt. Der Generalgouverneur hat eine Truppenstärkung abgesandt. Der Bischof von Sphakia ist nach Canea abgereist, um die Beschwerden der Einwohner dem Gouverneur zu unterbreiten. Der Verkehr zwischen Sphakia und Canca ist durch die Aufständischen unterbrochen.

Amerika.

In Venezuela hat die Revolution gezeigt. Nach einer Depesche aus der Hauptstadt Caracas ist diese Stadt in die Hände der Aufständischen gefallen und der Triumph des Generals Crespo erscheint vollständig. Crespo begann den Vormarsch auf die Hauptstadt, nachdem er die Regierungstruppen bei San Pedro besiegt hatte, mit 3000 Mann unter dem Befehl des Generals Rodriguez und Fernández. Diese zogen in Caracas ein, während General Crespo mit dem Rest seines Heeres jetzt in Calvera unweit Caracas steht. Als bald wird auch er in die Hauptstadt einrücken. Die Bürger haben den Einmarsch der Truppen mit Freuden begrüßt, da die Anarchie, welche seit der Flucht des Pulidoschen Ministeriums geherrscht hat, damit zu Ende gekommen ist. Die Soldaten des Generals Pulido und der Pöbel machten sich die Gelegenheit, daß keine Regierung da war, zu Nutze und plünderten und brandschatzten nach Herzhaft. Jeder, der sich nicht fügte, wurde mit dem Tode bedroht. Der General spanische Gesandte remonstrierte, wurde er von den Aufrührern gräßlich insultiert. Die Truppen Crespos haben nach ihrem Einzug sofort die Ordnung wieder hergestellt. Crespo wurde zum Präsidenten der Republik ausgerufen.

Provinzielles.

× **Görlitz**, 11. Oktober. [Verschiedenes.] Frau Werblunft eröffnet am 15. b. M. hier selbst eine Kinderpflegehalle. Dieses Institut wird allseits mit größter Freude begrüßt. — Der Fleisch- und jeder andere Handel bis auf das Getreide hat durch die Grenzperre starke Beschränkung erfahren. Schweine werden im geschlachteten Zustande von russischer Seite bis zur Drehenbrücke gebracht und dort von preußischen Leuten in Empfang genommen, auch stehen auf russischem Gebiet unmittelbar an der Grenze Fleisch-, Brod- und andere Buden, aus welchen die Waren an die auf dem preußischen Grenzgebiet stehenden Personen verkauft werden. Wünscht jemand vermittelst einer preußischen Legitimationskarte das russische Gebiet zu betreten, so muß er 15 Kopeken zahlen und wird vor Eintritt ins Innere bestimmt. — Der Zoll-Einnnehmer Arendt von hier ist nach Schwedt, Herr Burendeit als Einnnehmer hierher verlegt. — Die hiesige Schützengilde wählte in ihrer letzten Sitzung Herrn Stadtkämmerer Arent zum Rentanten. Der Verein zählt jetzt 40 Mitglieder und nimmt stetig zu.

Graudenz, 10. Oktober. [Besitzwechsel.] Das Gut Neudorf bei Graudenz ist für 174000 M. an Herrn Lieutenant v. Blankensee verkauft worden.

Graudenz, 10. Oktober. [Ein schreckliches Unglück] ereignete sich dem „Ges.“ zufolge auf dem Grutefeste, das am Sonnabend auf dem Gute Kunterstein gefeiert wurde. Nachdem die sieben- bis achtjährigen Töchter der dort beschäftigten Arbeiter Thierau und Stangowski bereits einige Zeit vermisst waren und das Suchen nach ihnen erfolglos geblieben war, fand man sie zufällig in der Klostergrube. Die Tochter des Arbeiters Thierau hatte schon den Erstickungstod gefunden, während man die Stangowski noch lebend herauszog. Der anfangs für die Arbeiter im Folge des Unfalls geschlossene Abort ist nun wieder freigegeben worden. Wenn man bedenkt, daß Ende Juli das Söhnen eines hiesigen Malermeisters gleichfalls in einer Abtrittsgrube verunglückte, muß entschieden verlangt werden, daß derartige Anlagen so versichert sind, daß ein Hineinfallen von Personen, namentlich von Kindern, verhindert wird.

Schweiz, 11. Oktober. [Reichenfund.] In Buttisholz wurde in einem Wassergraben eine etwa 45 Jahre alte unbekannte Frauensperson tot aufgefunden. In ihrem Besitz befand sich ein Stück Brod, etwa 1/2 Pfund Mehl und 1 Pfennig Gold. Die gerichtliche Sektion hat ergeben, daß der Tod durch Erstickung eingetreten ist. Ob die Person selbst in den Graben hineingefallen oder durch eine andere hineingeworfen worden ist, konnte nach dem „Ges.“ nicht festgestellt werden.

Belgien.

Noch bevor die hinzukommende Mutter den Knaben finden konnte, entließ sich plötzlich die Waffe, und die Kugel drang dem kleinen Knaben so unglücklich in den Kopf, daß er auf der Stelle tot zu Boden fiel.

Lokales.

Thorn, 12. Oktober.

— [In der heutigen Stadtverordnetenversammlung] waren 29 Stadtverordnete anwesend; vom Magistrat waren erschienen die Herren Erster Bürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Schustehrus, Kämmerer Stachowitz, Baurath Schmidt, Stadtrath Kitterl, Stadtrath Behrensdoß, Stadtrath Fehlauer, außerdem als technischer Sachverständiger Herr Ingenieur Mehler. Folgende Gegenstände der Tagesordnung gelangten zur Beratung und Beschlussschaffung: Die Wahl eines Mitgliedes des Verwaltungs-Ausschusses bis zum 1. Januar 1893 wird bis zu Neujahr vertagt. — Zum Vorsitzenden-Stellvertreter bis zum 1. Januar 1893 wird an Stelle des zum Stadtrath gewählten Herrn Fehlauer der Stadtverordnete Herr Steuerinspektor Hensel gewählt, welcher die Annahme der Wahl erklärt. — Hierauf referiert Herr Stadtverordneter Wolf über die vorgelegten Projekte der Wasserleitung und Kanalisation in der Stadt Thorn. In dem Bericht ist alles, das enthalten, was s. B. Herr Ingenieur Mehler in seinem Vortrage im Artushof ausführlich entwickelt hat. Dem Antrage der vereinigten Ausschüsse gemäß wird, nachdem Herr Erster Bürgermeister Dr. Kohli das Projekt nochmals zur Annahme empfohlen und Herr Stadtverordneter Cohn sich für einen nochmaligen Aufschub der Anlage ausgesprochen hat, nach längerer lebhafter Debatte die Anlage einer Wasserleitung und Kanalisation für die Stadt Thorn beschlossen. Wir kommen morgen darauf zurück.

— [Zur Umwandlung des hiesigen königl. Realgymnasiums.] In unserm ersten Artikel plaidirten wir für die Umwandlung unserer städtischen Mittelschule in eine Realschule. Heute wollen wir versuchen nachzuweisen, wie sich diese Umwandlung am leichtesten vollziehen ließe. Die Knaben-Mittelschule hat sich im letzten Jahrzehnt durch Schaffung von Parallelklassen hauptsächlich nach der Breite hin ausgedehnt, während man z. B. in Graudenz darauf bedacht war, die Mittelschule neu einzustiften zu machen, und sie dadurch der Umwandlung in die jetzige lateinlose höhere Bürgerschule, die fortan den Namen Realschule führt, näher brachte. Bei uns wurden in jüngerer Zeit zwei akademisch gebildete Lehrer an der Knaben-Mittelschule angestellt, und es lag sehr nahe, diese Schule durch fakultativen Unterricht im Englischen der lateinlosen höheren Bürgerschule näher zu bringen. Aus den weniger fortgeschrittenen Schülern der drei dritten Klassen und den besten Schülern der drei vierten Klassen läßt sich heute die Sexta mit zwei Parallelklassen für die künftige Realschule bilden, ohne daß es nötig wird, neue Lehrer anzustellen. Man könnte bei Aufstellung des Lehrplans darauf Bedacht nehmen, daß die Mittelschule neben der Realschule unter derselben Leitung erhalten bleibe, da nicht alle Schüler das Ziel der Realschule erreichen. Hierdurch würden die zur Zeit der Umwandlung die Mittelschule besuchenden Schüler an die Doppelanstalt gefesselt. Fragen wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde. Laut Gesetz vom 25. Juli 1892, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, welches die Anwendung der für die Staatsanstalten geltenden Bestimmungen vorschreibt, würde unter Berücksichtigung des „Normal-Estat“ vom 4. Mai 1892 dem bisherigen Lehrpersonal in dem für die Stadt ungünstigsten Falle eine Gehaltserhöhung von 1950 M. zu gewähren sein. Dazu käme ein Wohnungsgeldzuschuß von 6892 M., in Summa also 8842 M. Dieser Ausgabe steht, wie in Nr. 237 unserer Zeitung nachgewiesen wurde, an Schulgeld bei der Knaben-Mittelschule ein Ausfall von 10 000 M. gegenüber, wenn der Staat die Realschule einrichtet. Bevor wir nun, welche Kosten diese Umwandlung der Stadt auferlegen würde.

— [Über die Beleuchtung der Flure und Treppen,] die jetzt wieder an der Tagesordnung ist, hat das Reichsgericht eine Entscheidung getroffen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es heißt darin: Die Verpflichtung eines Hauseigentümers zur Unterhaltung von Beleuchtungseinrichtungen folgt zwar nicht aus seinem Eigentum, wohl aber daraus, daß er in dem Hause einen Verkehr für andere Personen herstellt. Thut er dieses, so hat er die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß bei dem von ihm hergestellten Verkehr Andere durch die Anlagen des Hauses an ihrem Körper nicht Schaden leiden; denn Niemand darf sein Eigentum zur Herstellung gemeingefährlicher Einrichtungen benutzen. Wie demnach der Hauseigentümer in einem solchen Falle überhaupt verpflichtet ist, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Räume so einzurichten, daß sie ohne Gefahr passiert werden können, so ist er auch gehalten, die Flure und Treppengänge seines Hauses, welche nach ihrer Beschaffenheit im dunklen Zustande jeden Passanten der Gefahr aussetzen würden, sich zu beschädigen, bei eintretender Dunkelheit so lange zu beleuchten, als der regelmäßige Verkehr im Hause stattfindet. Einer besonders die Beleuchtung vorschreibenden gesetzlichen Bestimmung oder Polizeiverordnung bedarf es nicht, da jeder verpflichtet ist, in den Geschäften des bürgerlichen Lebens Aufmerksamkeit anzuwenden, damit er nicht durch Unterlassungen Andere schädige.

— [Der Männergesangverein „Liederfreunde“], welcher sich aus der „Gesangs-Abteilung des T.-V.“ gebildet und durch Hinzutritt neuer Mitglieder noch verstärkt hat, veranstaltet künftigen Sonntag, den 16. d. M. im Schützenhaus eine Gesangs- und Musik-Aufführung unter Mitwirkung der Artillerie-Kapelle. Die vorzutragenden Nummern sind sowohl im gesanglichen wie musikalischen Theil sorgsam und glücklich gewählt und so verspricht die Aufführung den Besuchern wirklichen Genuss, zumal der als vorzüglicher Geiger bekannte Herr Schallinatus auch ein Violin-Solo zum Vortrag bringen wird. Die Leitung des instrumentalen Theils liegt in den Händen des obengenannten Herrn Sch., während den gesanglichen Theil Herr Ullrich leitet.

— [Eheschließungen.] Die Zahl derselben wird nach eingezogener Erfundigung hier in der nächsten Zeit keine größere sein, als gewöhnlich; es sind allerdings 42 Aufgaben zum Aushang gekommen, davon werden 24 Chor auswärts geschlossen werden. Die Meinung der „Th. Ztg.“, daß die Zahl der

Bekanntmachung.

Durch Beschluss der städtischen Behörden vom 9. September 1892 sind im Einverständnis mit dem derzeitigen Marktstandsgeld-erheber nachzeichneten Bestimmungen in dem Publicationsvermerk vom 9. April 1881 zu dem Tarif zur Erhebung des Marktstands-geldes in der Stadt Thorn vom 2. April 1881 aufgehoben und treten mit dem 1. Oktober d. J. außer Kraft:

2) Jeder Bewohner der Stadt, der Vorstädte und der Ortschaft Moskau, der täglich mit Gartengewächsen aussät, kann das Marktstandsgeld mit einem jährlichen Pauschquantum von 2 M., wenn er auch Milch, Butter, Federivier und dergl. feilbietet, mit 3 M. zum 1. April pränumerando entrichten;

3) Kaufleute, welche sich auf den Jahr-märkten einer Kämmereibude bedienen, haben sich über die dafür zu zahlende Miethe mit der Stadtbehörde zu einigen und unterliegen außerdem nicht dem Marktstandsgeld.

Thorn, den 8. October 1892.

Der Magistrat.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nachstehende

Landespolizeiliche Anordnung,

betreffend

Schutzmaßregeln gegen die Cholera.

Zufolge Erlasses der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des Innern und für Handel und Gewerbe vom 4. October d. J. ordne ich hiermit für den Umfang des Regierungsbezirks an, was folgt:

§ 1. Das durch § 1 meiner Landespolizeilichen Anordnung vom 26. Juli d. J. (Extrablatt zu Nr. 30 des Amtsblatts der hiesigen Regierung) angeordnete Verbot der Ein- und Durchfuhr von gebrauchter Leib- und Bettwäsche, gebrauchten Kleidern, Hadern und Lumpen aller Art, Obst, frischem Gemüse, Butter und sogenannten Weichkäse aus Russland wird hiermit auf die Ein- und Durchfuhr der gleichen Gegenstände aus den Niederlanden ausgedehnt.

§ 2. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Zuwiderhandlungen unterliegen den im § 2 meiner landespolizeilichen Anordnung vom 26. Juli d. J. angezogenen Bestimmungen.

Marienwerder, den 8. October 1892.

Der Regierungs-Präsident.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.

gez. v. Nickisch-Rosenegk.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 12. October 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

**Die billigste Bezugsquelle für MAX BRAUN,
Kurzwaaren, Weisswaaren und Tricotagen ist Breitestrasse 5.**

Philip Elkan Nachfolger Inhaber: B. Cohn.

**Grösste Auswahl in Gelegenheits-Geschenken.
Neuheiten in Bronze, Aluminium, Porzellan, Majolika und
Lederwaaren.**

Lieferung completer Haus- und Küchen-Einrichtungen.

Grosses Lager aller Arten Tisch-, Wand- und Hängelampen.

— Schirme. — Parfumes und Seifen. — Stöcke. —

Waare wird nur gegen Baarzahlung verabfolgt!

Große Preis - Ermäßigung!

Streng feste Preise!

A. Kurzwaaren.

1000 Yard Untergarn, Rolle	18 Pf.
1000 Yard Obergarn, Rolle	25 "
Kleiderknöpfe in Zelt u. Metall, Dhd. von 5 Pf. an.	"
Untergarn, Häflgarn Nr. 30, 20 Gramm.	
Knäul-Rolle	10 Pf.
Blanchettes, breit	15 "
Blanchettes, schmal	10 "
1 Brief engl. Nähnadeln	4 "
1 Lage Heftbaumwolle	5 "
1 Stück Gurtband, per 8 Meter	30 "
1 Stück Kleiderschnur, per 20 Meter	25 "
1 Stück Kleiderschnur, per 8 Meter	10 "
Knopflochseide, schwarz u. couleur	15 "
2 Dhd. Hafer und Dosen für	3 "

B. Strumpfwaaren.

Echt schwarze Damenstrümpfe, Paar	50 Pf.
dito Kinderstrümpfe	25 "
dito reine Wolle	40 "
Gestrickte Unterröcke, Stück	75 "
Halbsiedene Damen-Handschuhe, Paar	40 "
Coul. und schw. Zwirn-Handschuhe, Paar	20 "
Reinseidene Damen-Handschuhe, Paar	75 "
Prima Vigogne-Herrenocken, Paar	35 "
Prima Vigogne-Herrenhosen, Paar	75 "
Coul. Ball-Handschuhe, Paar	20 "

C. Strick- und Häkelgarne.

Vigogne in allen Farben	1,20 Mk.
Gremadura, alle Nummern vorrätig, Pfund von 1,50 Mk. an.	"
Gremadura, Hausschild, unter Fabrikpreis.	
Farbige Baumwolle, Pfund 1, 1,10, 1,20, 1,50 Mk.	
Zephiruswolle, alle Farben, Lage	10 Pf.
Mohairwolle, schwarz, Lage	15 "
Prima Strickwolle, Zollpfund	2,— Mk.
Prima Rockwolle, Zollpfund	3,— "
Crème-Häkelgarn, große Rolle	16 Pf.

D. Futter- und Besatzstoffe.

Futtergaze in schwarz, weiß u. grau, Elle	10 Pf.
Nockfutter, Prima, Elle	15 "
Taillenkörper, Prima, Elle	20 Pf.
Schirting-Chiffon Elle 10, 15, 20, 25, 30 Pf.	
Prima Hemdentuch, extra breit, Elle	20 Pf.

E. Herren-Artikel.

Prima Kragen, Leinen, 4fach, Dhd.	2,75 Mk.
Sic.	25 Pf.
Prima Manschetten, Dhd.	4,00 Mk.
Paar	35 Pf.

Krabatten in elegantester Ausführung von 25 Pf. an.

F. Weisswaaren und Putz.

Garnirbänder, schwarz und farbig, Meter	25 Pf.
Federn, schwarz, crème, farbig 30 Pf., 50 Pf.	
Wrfedern - Corsets 80 Pf., 1 Mk., 1,50, 2, 3 Mk.	
Leinen - Taschentücher, Dhd. 3, 3,50, 4, 5, 6 Mk., früher 5, 6, 7, 8 und 10 Mark.	
Kindertaschentücher, Stück	6 Pf.
Gestickte Kindertaschen und Krägen, Stück 8 Pf., 12 Pf., 15 Pf., 20 Pf., 30 Pf.	
Tricottaillen, coul. u. in schwarz, 1,50, 2, 3, 4, 5 Mk.	
Blusen in schönster Ausführung von 1,50 Mk. an.	
Kinderkleidchen von 75 Pf. an.	
Kinderschürzen	30 Pf.
Damenschürzen 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf. und 1 Mk.	
Ledergurte von 40 Pf. an.	
Normalshosen Stück von 1 Mk. an.	
Normalshosen Paar	75 Pf.
Elegante Gloria-Schirme 2,25 Mk.	
Wollene Tücher, Schlafdecken in großer Auswahl, zu enorm billigen Preisen.	

Garnierte Hüte, moderne Formen, große Auswahl.

Ungarnierte Filzhüte für Damen
in den neuesten Formen, Stück 75 Pf.

Achtungsvoll

Julius Gembicki,

Breitestrasse 31.

Streng feste Preise!

Waare wird nur gegen Baarzahlung verabfolgt!

Großer Ausverkauf.

Wir lösen unser Bus- und Weisswaaren Geschäft vollständig auf, und eröffnen mit dem heutigen Tage einen

großen Ausverkauf.

Das Lager ist mit

allen Neuheiten der Saison

assortiert und werden selbst die neuesten Sachen, um schnell zu räumen, bedeutend unter dem Kostenpreise verkauft.

Die Ladeneinrichtung ist billig abzugeben.

Schoen & Ezanowska.

Wegen erfolgtem Verkauf meines Dampfsägewerkes werden ausverkauft:

Kieferne Bretter jeder Art und

Mauerlatten, Bauholzer,

zu billigsten Preisen.

Julius Kusel.

Münchener Löwenbräu.

Jährliche Production 500 000 Hectoliter.

General-Betreter: Georg Voss, Thorn.

Verkauf in Gebinden von 20-100 Liter.

Ausschank Baderstraße Nr. 19.

Haushaltungs-Pensionat und Töchter-Bildungs-Anstalt

zu Cottbus in eigenem Hause.

Gründliche Ausbildung in Küche, Haus, Handarbeiten, gesellschaftl. Formen, so wie in Sprachen (bei Ausländerinnen), Musik und Tanz.

Prospekte, Referenzen und spez. Auskünfte durch die Vorsteherin

Frau Apotheker Elisabeth Pohl.

Reishzeuge für Techniker und Schüler, gut und billig,

empfiehlt Gustav Meyer.

Strickwolle in verschiedenen Qualitäten empfiehlt billig

S. Hirschfeld.

Zum Dunkeln blonder, rother und grauer Kopf- und Barthaare ist das Beste der

Russischen-Extract

aus der tgl. bair. Hofparfümerie C. D. Wunderlich in Nürnberg. Mehrfach prämiert, rein vegetabilisch, ohne Metall.

Dr. Orfilas Haarfärbe-

Nussöl à 70 Pf., zur Stärkung des Wachstums der Haare; zugleich feines Haaröl.

Wunderlich's echt u. sof. wirkendes Haarfärbe-Mittel für

schwarz, braun u. dunkelblond a 1,20 M.

sämmlich garantirt unchädl. Zu haben in der Drogerie der Herren

Anders & Co. in Thorn.

Ginen gut erhaltenen, starken Handwagen mit Kästen verkauf billig Salo Bry.

1 starker 3zöll. Arbeitswagen ist sehr billig zu verkaufen. Makowski, Brücknerstr. 20.

Hierzu eine Beilage.